bis heute zu Stolpe. Leider ist das so, und ich habe Pfarrer Turek, weil ich wußte, daß er in der Gauck-Behörde oder im Bürgerarchiv gearbeitet hat, angesprochen, diese Gruppe zu gründen, daß der Kirche nicht noch mehr Schaden zugefügt wird. Wir sind zusammen mit Basisgruppenleuten. Wir arbeiten jetzt zusammen und versuchen diesen Aufschrei in der Kirche, der erfolgen muß, daß Stasi-Mitarbeiter endlich entlassen werden, daß der auch gehört wird. Es ist furchtbar, in Leipzig sind alle Pfarrer, die als IM tätig waren, immer noch in Amt und Würden, und der IM, der die Thomaner betreut hat, der ist heute auch immer noch tätig und er ist derjenige, der Herrn Langner angezeigt hat, weil er dessen Stasi-Akten dem Bischof gegeben hat. Dem Bischof Hempel, und man muß dazu sagen, Bischof Hempel hatte lange Zeit, diese Dokumente zu lesen. Es kam keine Reaktion, und so kam es zu diesem Buch „Pfarrer, Christen und Katholiken“, weil die Leute in Leipzig eben sagten, es muß jetzt einfach diese Sache aufgearbeitet werden, das kann nicht unter den Tisch gefegt werden. Also das auch einmal zur Klarstellung, weil immer über Prof. Besier diskutiert wird, hat er recht, hat er nicht recht. Aber die Dokumente, wer liest denn die? Heute stehen wir vor der Situation, daß wir uns solidarisch erklären müssen mit einem Opfer. Der IM hat juristisch in dem Rechtsstaat recht, dessen Stasi-Unterlagen veröffentlicht wurden. Der Mann. der glaubte, hier muß Gerechtigkeit einkehren, muß sich vor Gericht verantworten. Das wird jetzt Ende Oktober sein, und wir sind also auch dabei, wie in alten Zeiten, für diesen Mann uns einzusetzen und vielleicht Mahnwachen einzurichten. Er ist Landrat in Eilenburg und gewillt, die Strafe, wenn er sie denn erhalten sollte, anzunehmen. Das würde für ihn bedeuten 15 Tage Haft, und ich denke, wir müssen wirklich für Klarheit sorgen. Übrigens vertrete ich diesen Arbeitskreis im Synodalausschuß in der Nikolai-Kirche, die gibt es immer noch. Es werden immer noch Friedensgebete abgehalten und wir haben gesagt, ein Herr Stolpe, der am 19. Oktober zu den Tagen der Ermutigung in die Nikolai-Kirche eingeladen wurde, kann nicht an einem Podiumsgespräch teilnehmen. Er ist inzwischen gebeten worden nicht zu kommen. Er hat diese Ausladung auch angenommen. Es hätte da eine erste Protestveranstaltung gegen Herrn Stolpe gegeben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Das ist die letzte Initiative gewesen, die lange und zusammenhängend von sich erzählen durfte. Mehr Meldungen gibt es nicht. Jetzt gibt es noch vier Menschen, die alle schon einmal oder mehrmals heute geredet haben.

Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße e.V. (ASTAK), Rudi Mold: Eine Frage an die Kommission: Sieht sich die Kommission in der Lage, eine Aussage zu treffen des Inhalts, daß die Förderung von Initiativen, wie sie heute hier anwesend sind, nicht ausschließlich Sache der Länder, sondern auch Sache des Bundes ist? Ich hatte Herrn Poppe vorhin so verstanden, als er für das Bündnis 90 sprach. Meine Frage geht an die Kommission bzw. an

die Obleute. Stimmen Sie dieser Auffassung zu und würden Sie bereit sein, eine Beschlußempfehlung im Bundestag einzubringen, die diese Auffassung unterstützt? Ich würde gern noch eine zweite kurze Frage stellen. Wir wurden vorhin gefragt, wie wir uns die Zusammenarbeit beispielsweise mit der Gauck-Behörde im Forschungsbereich vorstellen. Wenn Sie mir gestatten, würde ich gern diese Frage umdrehen und an Herrn Gill stellen, nämlich. Wie stellt sich die Gauck-Behörde die Zusammenarbeit mit den Initiativen vor? Die Gauck-Behörde ist ja nicht nur eine Behörde, die Akten verwaltet, sondern wir wissen, es gibt eine Forschungsabteilung, in der 60 Leute arbeiten oder arbeiten werden, an Geld fehlt es also nicht. Der Staat gibt Geld aus für die Forschung. Wäre die Gauck-Behörde bereit, von ihren Mitteln, die sehr beträchtlich sind, etwas abzugeben an andere Initiativen?

Dritte kurze Bemerkung: Ich fände es sehr hilfreich, weil es uns auch unterstützt in unserer Arbeit, wenn Sie auch Zwischenergebnisse Ihrer Arbeit schon veröffentlichen würden, weil wir die Ergebnisse, die Sie schon haben, gerne auch umsetzen würden bei uns in der Bildungsarbeit.

Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat, Carlo Jordan: Ich frage die Enquete-Kommission: Was unternimmt sie zur Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens für die Rehabilitierung administrativ oder beruflich Diskriminierter? Darüber hinaus würde mich auch interessieren, wie die Einrichtung der Rehabilitierungsinstitutionen in den einzelnen Ländern durch die Enquete-Kommission beschleunigt werden kann, weil ich meine, daß für die Rehabilitierung dieser Menschen eine ganz besondere Unterstützung und auch eine sehr individuelle Betreuung notwendig wird.

Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V. zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit, Hans Schwenke: Ich stimme voll überein mit der Auffassung, daß natürlich bei einem Pluralismus nicht am Ende herauskommt eine Zersplitterung, die zur Unfähigkeit führt, in politische Prozesse oder dergleichen sich einzubringen. Meine Vorschläge gehen dahin, wir haben ein Archiv aufgebaut, wir arbeiten weiter an der Archivierung. Wir haben einen umfänglichen Thesaurus. Diesen Thesaurus haben wir bereits einigen Initiativen, Bürgerkomitees, Dokumentationszentren zur Verfügung gestellt bzw. zur Einsichtnahme überlassen. Wir sind bereit, den auch anderen Initiativen zur Verfügung zu stellen und wären erfreut darüber, wenn wir es dahin brächten, einen gemeinsamen Thesaurus zu haben. Das würde vieles erleichtern. Zweiter Bereich wäre, wir haben einige unserer ABM-Kräfte mit Forschungsthemen beauftragt. Diese Forschungsthemen würden wir allen zur Kenntnis geben und die Möglichkeit einräumen, sich dort einzubringen, so daß das also nicht nur Monographien werden. Das nächste betrifft ebenso die Publikationen. Unsere Publikation „Horch und Guck“ ist offen für alle und möchte in sich auch pluralistisch sein. Da legen wir großen Wert drauf. Der nächste Bereich wäre die Vortrag-

stätigkeit. Wir haben in Vorbereitung, wir haben eingeladen einen ehemaligen Häftling des Gulag, der mitgewirkt hat an Aufständen im Gulag. Wir wollen mit ihm hier eine Vortragstour durch Deutschland machen und haben da auch schon Abstimmungen z. B. mit der Arbeitsgemeinschaft 13. August, mit Rainer Hildebrandt und auch hier in Leipzig und im Westen. Ich denke, das ließe sich vielleicht auch noch ausweiten, zumindest muß dafür gesorgt werden, daß Informationen über so etwas an alle gelangen. Jetzt haben wir auch eine bessere Liste, mit der wir das machen können. Wir möchten mit dem, was wir archiviert haben, mitwirken an Ausstellungen. Wir selbst haben keine Möglichkeiten, die Räume sind zu beengt, aber wenn Wünsche bestehen, sind wir bereit, an solchen Ausstellungen mitzuwirken. Von einem Dachverband war die Rede. Ich denke, wir bräuchten ihn nicht mehr zu erfinden. So etwas ähnliches, glaube ich, haben wir im Forum zur Aufklärung und Erneuerung. Hier kann eine Koordinierung zu Erfolgen führen im Sinne von Vernetzung unter Beibehaltung von Pluralität und zugleich Interessenvertretung. Ich würde dies jedenfalls so wahrnehmen wollen. Eine Zusammenarbeit in den Ländern hielte ich für sinnvoll, zu koordinieren bei den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. So jedenfalls sieht es auch der Gesetzentwurf in Berlin vor. Keine Konfrontation suche ich mit der Gauck-Behörde, sondern im Gegenteil auch Zusammenarbeit. Aber das darf mich natürlich nicht daran hindern, meine kritischen Bemerkungen zur Arbeit dieser Behörde zu machen.

Bürgerinitiative „Vergangenheitsbewältigung“ der Stadt Saalfeld, Herr Morgenroth: Wir haben uns noch einmal verständigt. Herr Rode und Herr Backer, die diese Idee hatten mit der exemplarischen Aufarbeitung der wirtschaftlichen und Verwaltungsstrukturen eines Landkreises, wären schon bereit, diese Arbeit mit anzupacken und für den Landkreis Saalfeld das einmal exemplarisch zu versuchen, aber Herr Rot ist Landwirt, Herr Backer ist Bauingenieur, ich bin Pfarrer. Wir sind allesamt Laien, wir brauchen juristische und administrative Unterstützung, und das wäre meine Frage: Ob Sie sich zu diesem Zeitpunkt schon vorstellen könnten, wie so eine amtliche Unterstützung durch die Enquete-Kommission evtl. aussehen könnte?

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, David Gill: Es ist für mich etwas schwierig jetzt, punktuell auf diese Frage einzugehen, weil die Frage der inhaltlichen Aufarbeitung natürlich etwas erdrückt wurde im letzten halben Jahr durch die Frage der Akteneinsicht und die Frage der Überprüfung. Gleichwohl ist die Abteilung Bildung und Forschung, die sich ja um diese inhaltlichen Fragen der Stasistrukturen kümmern soll, jetzt auch so weit arbeitsfähig, daß es jetzt schneller vorangehen wird. Wir suchen ganz eindeutig den Kontakt mit den Initiativen und Gruppen und wollen hier auch Unterstützung geben, muß ich einfach so sagen. Aber das ist vorhin in meinem Statement schon angeklungen, ich erwarte da

natürlich auch eine gewisse Fairneß uns gegenüber, daß es nicht zu solchen Dingen kommt wie das Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen das Domaschk-Archiv, wo ich ein bißchen mehr Fairneß auch von der anderen Seite erwartet hätte. Wir sind durch das Stasiunterlagengesetz ja gehalten, selbst Dokumentationszentren einzurichten. Hier gehen die Überlegungen natürlich dahin, nicht noch mehr Pluralität zu betreiben, sondern vielleicht auch hier mit solchen Initiativen gemeinsam derartige Dokumentationszentren zu betreiben und auch zu unterstützen. Im übrigen weise ich darauf hin, daß wir ja aus dem Öffentlichkeitsfonds, den wir dieses Jahr schon hatten, aber teilweise nur ausschöpfen konnten, der ASTAK Forschungs- und Gedenkstätte ja auch 100.000,- zur Verfügung gestellt haben. Ich bin kein Haushaltsexperte und kann nicht sagen, ob wir jetzt etwas aus den Töpfen einfach hier verteilen können. Ich glaube eher nicht, dann wird uns der Haushaltsausschuß auf den Pelz rücken. Wir überlegen hier nach eine vernünftige Zusammenarbeit. Einzelheiten kann ich leider noch nicht nennen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir haben von gutem Willen in der Vergangenheit gehört und in der Zukunft, wenn ich das richtig verstanden habe. Das ist ganz sicher ein Thema, das hier im Detail nicht geklärt werden kann. Ich bitte jetzt ein letztes Mal die Obleute in genau der umgekehrten Reihenfolge wie vorhin.

Abg. Dr. Schmieder (F.D.P.): Herr Vorsitzender, ich darf aufgrund dessen, daß ich in der ersten Runde nicht antworten konnte, noch einmal darauf Bezug nehmen, mich drängt es praktisch, noch einmal meine Meinung zu sagen zu der Ordnungswidrigkeit, so wie Sie es bezeichnen, ich würde sagen zu dem Zwist zwischen Domaschk-Archiv und Gauck-Behörde. Es ist natürlich völlig richtig, daß das Stasiunterlagengesetz genau eben diese Verfahrensweise, wie sie jetzt angewandt wurde, vorschreibt oder eben als Möglichkeit vorsieht, aber ich denke, daß nun die Behörde gerade an einer wissenschaftlichen Forschungsstelle einer Bürgerbewegung zuerst aktiv wird und dort...

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, David Gill: Darf ich ganz kurz, Herr Schmieder? Ich habe die Geschichte, wie es dazu gekommen ist, daß es nicht aus heiterem Himmel gekommen ist, vorhin deutlich aufgelistet, und von daher muß ich sagen, nehme ich diese Kritik so nicht mehr an. Ich bin für jede Kritik offen, aber gerade in diesem Fall ist ja auch einseitig berichtet worden vom Domaschk-Archiv. Das muß ich eindeutig so sagen.

Abg. Dr. Schmieder,(F.D.P.): Gut, dann darf ich trotzdem noch einmal darauf zurückkommen und die Frage nach der Verhältnismäßigkeit stellen, denn die Forderung, die jetzt erhoben wird von Herrn Zabel, die scheint mir doch recht unverhältnismäßig, wenn ich daran denke, daß wir als diejenigen, die federführend für dieses Stasiunterlagengesetz zeichnen, eine Anhörung

gemacht haben mit Vertretern der Medien, wo wir geprüft haben, ob dieses Stasiunterlagengesetz denn verfassungskonform sei oder ob wir die Medien behindern bei der Erfüllung ihres Auftrages, und dort ist uns gesagt worden von einem Vertreter eines großen Presseerzeugnisses, wenn er sich denn daran halten wollte an die Bestimmung dieses Paragraphen, dann müßte man mit mehreren LKW bei der Gauck-Behörde vorfahren. Nun muß ich daraus ganz einfach die Frage ableiten: Hat man denn bei diesem Presseorgan eine ähnliche Verfahrensweise an den Tag gelegt?

Zur Vertreterin der Arbeitsgruppe Wirtschaft vom Neuen Forum kann ich sagen: Die Empfindung, die Sie haben, teile ich vollkommen. Das ist genau das Problem, mit dem die Bevölkerung schlechthin zu tun hat, was alle in Rage bringt. Ich denke auch, wenn man das ganz schlichtweg versucht, nur mit den Instrumenten des Stasiunterlagengesetzes zu beantworten oder aufzuhellen, dann ist dieses Gesetz überfordert, denn es regelt ja den Umgang mit den Akten. Man muß sich halt etwas anderes einfallen lassen als Würginstrument. Wir haben von Seiten der Mitglieder des Unterausschusses Stasi – und hier beziehe ich die anderen Parteien praktisch mit ein, weil wir dort eine ziemliche klare und auch eindeutige, gemeinsame Sprache sprechen – gesagt, die Gauck-Behörde liefert praktisch die Informationen über die Aktensachlage, und danach muß in jedem Gremium, welches diese Information angefordert hat, nach entsprechenden Bewertungskriterien gemessen werden. Und dort sind wir natürlich bestrebt, z. B. im Öffentlichen Dienst oder im öffentlichen Bereich, nach gleichen Bewertungskriterien vorzugehen. So hat auch der Innenminister Kriterien herausgegeben. Die Länder und Kommunen usw. sind angehalten, sich an dieser Empfehlung zu orientieren. Aber Sie wissen, wir haben ein föderatives System; ähnliches trifft auch zu auf die Verfahrensweise oder die unterschiedlichen Bewertungskriterien in den Ministerien. Und es ist im Prinzip ein offenes Geheimnis, daß zumindest vor der Sommerpause noch der Sachstand so war, daß in einzelnen Ministerien auf Bundesebene dieser oder jener, der vorher sich für das andere System sehr stark engagiert hatte, inoffiziell oder hauptamtlich, eben dort noch seinen Arbeitsplatz hatte. Ich denke unter anderem an das Wirtschaftsministerium, ich denke aber genauso gut an die Treuhand, also an eine nachgeordnete Einrichtung, und dort müssen wir ansetzen, indem wir versuchen, das auf parlamentarischem Weg im beharrlichen Gespräch mit den entsprechenden Führungspersönlichkeiten dieser Gremien zu klären.

Zum Problem der Finanzierung der Initiativen, denke ich, muß man sich mit diesem Gesamtproblem noch einmal im internen Kreis verständigen, daß man dieses oder jenes mit Bundesmitteln machen kann. Wir haben hie und da schon angedeutet, welche Möglichkeiten es gibt. Beispielsweise die Bundeszentrale für politische Bildung ins Spiel zu bringen, wäre aus meiner Sicht eine hervorragende Möglichkeit. Zum anderen darf ich auch daran erinnern, es gibt

eingetragene Vereine, die vom Land anerkannt sind, die von der Kommune anerkannt sind, und man muß natürlich als solcher Verein natürlich sich bei den entsprechenden Gremien um Unterstützung bemühen.

Zur Frage der Beschleunigung der gesetzlichen Fixierungen, was die Frage der Rehabilitierung betrifft, denke ich, ist die Enquete-Kommission an der Stelle überfordert, denn es gehört nicht zum eigentlichen Auftrag der Enquete-Kommission. Aber nun sind wir Abgeordnete ja auch noch tätig in anderen Ausschüssen, beispielsweise sind wir tätig in unserer Fraktion, und Sie können sich drauf verlassen, daß wir als diejenigen, die hier zusammensitzen, dort unsere Kraft benutzen werden, uns vorrangig für die Lösung dieser Probleme einzusetzen, so daß wir also schnellstmöglich die Frage der Rehabilitierung auch gesetzlich in den Griff kriegen. Ich möchte jetzt nicht irgendeine Zeitschiene entwickeln, Sie wissen, die Mühlen mahlen manchmal langsam, aber es ist natürlich auch schon einiges in Vorbereitung, so daß man im Prinzip zuversichtlich sein kann, daß sich in den nächsten Tagen oder nächsten Monaten einiges dreht. Von der Frau Leutheusser-Schnarrenberger, der dieses Problem bekannt ist, die aus meiner Sicht eigentlich eine ganz hervorragende Vertreterin für die Belange des Ostens schlechthin ist, haben wir also von der Seite auch eine starke Unterstützung zu erwarten.

Zur aufgeworfenen Frage der Aufarbeitungsgruppe Saalfeld, was die juristische Betreuung zur exemplarischen Aufarbeitung eines Landkreises betrifft, so kann ich sagen, das ist sicherlich ein sehr gutes Modell, was sich durchaus lohnt anzupacken. Ich zweifle allerdings, daß man jetzt in alle Sphären hineinleuchten kann. Sicherlich betrifft das jetzt nur wieder den öffentlichen Bereich, und ich muß für mich gestehen, ich bin also jetzt im Moment nicht in der Lage, da eine Aussage zu treffen, daß wir diesen oder jenen dahin abstellen zu juristischer Unterstützung. Aber man muß im Rahmen der Enquete-Kommission und vielleicht im Rahmen der Obleute noch einmal abklären, wie man derartige Angelegenheiten angehen kann, um auch nicht an die Erfordernisse der föderalistischen Zuständigkeiten dort anzubanden. Das erscheint mir ganz wesentlich.

Abg. Dr. Keller (PDS/LL): Sie hatten zwei Fragen an mich direkt gestellt. Die erste Frage: Ich bedaure es sehr, daß die Anzahl derer, die früher Verantwortung in der DDR getragen haben und heute bereit sind, sich zu dieser Verantwortung zu äußern und einen eigenständigen persönlichen Beitrag zu leisten, sehr gering ist. Ich werde selbst damit konfrontiert, daß viele nein sagen und nicht bereit sind, zumindest an Diskussionen als der ersten Form einer möglichen persönlichen Beteiligung mitzuarbeiten. Die zweite Frage, die Sie stellen, die nach den neuen Seilschaften: Ich verstehe Ihre Frage so, daß sie wahrscheinlich nicht die PDS gemeint haben, denn 80 % der PDS-Mitglieder sind arbeitslos. Sie meinten bestimmt viele ehemalige SED-Mitglieder. Da kann ich Ihnen nur antworten, was ich immer in dieser Frage sage, es gibt

keine Pauschalisierung, daß man sagt, alle weg oder alle dableiben. Wenn jemand von dem Arbeitskollektiv getragen wird, dann bin ich dafür, daß das Arbeitskollektiv darüber eine Entscheidung trifft. Wenn er nicht getragen wird, dann . . . Also entschuldigen Sie bitte, ich kann es doch jetzt Ihnen ganz leicht machen und sagen, Sie haben völlig recht. Da sind Sie nicht glücklich und ich bin nicht glücklich, weil wir das Problem nicht lösen. Das Problem können eigentlich nur die Betroffenen lösen und wir, indem wir Ihnen sozusagen Mut geben und sagen, wenn ihr könnt, müßt ihr das Problem lösen. Wir können hier keine Festlegungen treffen, wenn einer Geschäftsführer geworden ist, daß er nicht mehr Geschäftsführer ist. Also jetzt komme ich in die beschissene Situation, daß das so aussieht, als wollte ich irgendjemanden verteidigen. Jetzt erkläre ich mit aller Deutlichkeit, ich denke überhaupt nicht daran, jemanden zu verteidigen, ja, damit es da keine Meinungsverschiedenheiten gibt, erkläre ich auch, wenn welche in der Treuhand sind, die dort nicht hingehören, müssen sie weg. Es gibt doch gar keine Diskussion darüber. Ich bin auf der gleichen Position wie alle anderen, die hier diskutiert haben. Gleiches Recht für alle. Wenn einer nicht mehr kehren darf, gilt das für andere in ganz anderer Verantwortung genauso. Und eine allerletzte Bemerkung. Herr Hildebrandt, verstehen Sie es bitte nicht als Kritik, dazu hat mich das viel zu sehr bewegt, was Sie gesagt haben. Für mich ist Herr Schabowski jetzt nicht ein Beispiel ehrlicher guter Aufarbeitung von eigener Verantwortung und eigener Schuld. Ich würde sehr gern darüber mit Ihnen sprechen, aber ich muß es einfach sagen, weil Sie es hier in diesem Raum mit diesem Namen belegt haben.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Als jemand, der aus dem Westen kommt und ein bißchen was tun hatte mit dem Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, möchte ich mich sehr herzlich bedanken für Ihre Worte und auch für das, was Sie über viele Jahrzehnte im Sinne der deutschen Sache getan haben, Herr Hildebrandt. Dies möchte ich hier auch noch einmal zu Protokoll geben

Zu den Punkten, die angesprochen worden sind, Herr Pohl und auch Herr Feist: Ich denke, wir haben es Ihnen schon einmal im privaten Gespräch eben gesagt, ich möchte es auch hier noch einmal sagen, daß der Bereich von Kultur und Kunst bei unserer Aufarbeitung eine ganz wichtige Rolle spielen wird in dem Themenbereich 2 des Rahmenplans, und Sie dürfen gewiß sein, daß die Kollegen, die sich vor allen Dingen in dieser Frage engagieren, gerade auch diesem Bereich, den Sie angerissen haben, eine große Aufmerksamkeit zuwenden wollen. Ich sage das auch deshalb, weil ich wie Sie den Eindruck habe, daß man heute über viele Bereiche spricht, über Wirtschaft, über Polizei, über Öffentlichen Dienst und ich weiß nicht was, aber daß man über den Bereich von Kunst und Kultur relativ wenig spricht, und ich denke, es ist eine Aufgabe für uns, dies dann auch entsprechend zu bewerten.

Frau Jeske, ich will nur zum Thema Arbeitsämter sagen, daß der Bundesar-

beitsminister seit etwa 1 1/2 Jahren, nein seit etwa 2 Jahren, sehr bemüht ist, in den Arbeitsämtern in wichtigen Positionen, also Leitungspositionen, Personalwechsel vorzunehmen. Auf die Schwierigkeiten, die auch da entstehen, brauche ich hier nicht näher hinzuweisen, die werden Sie kennen. Aber der Wille gerade bei Arbeitsämtern, die ja einen besonderen Berührungspunkt mit den Menschen haben, bei den Arbeitsämtern auch personell saubere Lösungen hinzukriegen, ist vorhanden, und ich glaube, hier ist auch in den vergangenen Monaten eine ganze Menge getan worden.

Dann ist gefragt worden, ob Initiativgruppen wie Sie oder auch viele andere, die ja nicht hier unter uns sind, vom Bund unterstützt werden können. Es gibt eine Regel für Zuwendungsempfänger des Bundes, daß eigentlich nur solche Gruppierungen regelmäßig vom Bund unterstützt werden können, die auch bundesweit tätig sind. Andere Institutionen werden vom Land unterstützt. Es gibt da natürlich wie von jeder Regel auch Ausnahmen, daß auch einzelne Vorhaben durchaus auch einmal von Bundesinstitutionen unterstützt werden können. Ich glaube, ich wiederhole das einmal, was ich eben sagte, daß diese Diskussion des heutigen Tages sicher auch mit dazu beiträgt, daß die Frage der Unterstützung von Initiativgruppen noch einmal sehr gründlich durchdacht werden muß, was hier machbar ist, wie man hier die Regel auslegen kann und auch wie man hier vielleicht auch flexibel die Dinge handhaben kann. Wir werden das auch in unsere Arbeit nicht nur in der Enquete-Kommission, sondern auch in den Fachausschüssen, in denen wir tätig sind, mit hineinnehmen.

Zu den anderen Fragen hat Kollege Schmieder schon einiges gesagt, dem ich zustimme, ich möchte es nicht wiederholen. Zu dem Thema Untersuchung der sozialen und politischen Struktur eines Kreises, Herr Morgenroth, Sie haben es noch einmal aufgegriffen: Lassen Sie uns darüber noch einmal nachdenken. Ich könnte mir vorstellen, aber nehmen Sie es bitte nur als einen Denkansatz, daß vielleicht der Städte-, Landkreis- und Gemeindetag, also die Arbeitsgemeinschaften, die sozusagen unterstützende Funktion ausüben für die kleineren Städte und kleineren Gemeinden und die Landkreise, auch Forschungsstellen haben, von denen vielleicht eine Hilfestellung kommen könnte. Ich sage es im Konjunktiv, ich bitte, daß wir das noch einmal überlegen dürfen, wo da Hilfsmöglichkeiten sind.

Abschließend von mir aus noch einmal herzlichen Dank auch wirklich meinerseits für diesen Tag, den wir miteinander haben konnten.

Abg. Meckel (SPD): Zur Frage der Finanzierung durch den Bund hat Frau Wilms die rechtliche Schwierigkeit eben dargelegt. Gleichzeitig denke ich, daß die Aufgabe der Initiativen unersetzbar und von bundesweiter Bedeutung ist. Denn die Aufarbeitung ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, kann aber in diesen Bereichen, in denen Sie arbeiten, eben nur im Osten gemacht werden.

Von daher, glaube ich, gibt es Argumente dafür, und ich hoffe, daß man sich auf seiten der Bundesregierung überzeugen läßt.

Zweitens, auch ich sehe es so, David Gill hat dazu ja schon eine Bemerkung gemacht, daß es natürlich nicht so ganz einfach sein wird, daß die Gauck-Behörde einfach Geld weitergibt. Dies kann dann nur in Zusammenarbeit geschehen und mit den Aufgaben, die nach dem Gesetz der Gauck-Behörde zustehen, und man muß aufpassen, daß man die Behörde nicht überfordert. Wenn es um die Zwischenberichte der Arbeit geht, denke ich, sind unsere Interessen gleich. Gleichzeitig ist unsere Arbeit aber eben doch längerfristig angelegt und nicht sozusagen auf Ad-Personam-Fragen, sondern es geht um die Darstellung von Strukturen. Es gibt eine Vorüberlegung, das, was gestern und heute hier gesagt wurde, in einer Broschüre zu veröffentlichen. Wie dies im einzelnen zu machen ist, wird sich zeigen, aber ich denke, daß solche Dinge wichtig sind. Wir sollten das auch tun. Die Öffentlichkeit muß von dieser Arbeit erfahren und Anteil nehmen können.

In bezug auf die Rehabilitierung ist hier die Frage der Zuständigkeit angesprochen worden. Ich bin nicht ganz so zuversichtlich wie der Kollege, dessen Fraktionskollegin Justizministerin ist, hoffe aber, daß das, was er hier gesagt hat, dann auch ihrer Meinung entspricht und in dieser Weise in den Bundestag kommt. Ich würde das jedenfalls sehr begrüßen.

Zur Frage der Kirche kann ich jetzt nicht so ausführlich reden. Das wäre jetzt wirklich ein nicht nur abendfüllendes Programm. Ich bin sehr dankbar für diese Initiative, die sich hier zuletzt vorgestellt hat, und denke, daß diese Dinge weiterverfolgt werden müssen. Es ist ein Thema, mit dem wir uns beschäftigten werden, das aber Zeit braucht und von uns jedenfalls zeitlich relativ aufwendig behandelt werden wird.

In der Frage des Landkreises, der exemplarisch dargestellt oder aufbereitet werden soll, bitte ich zu verstehen, daß wir heute keine Beschlüsse fassenkönnen. Das würde unserer Arbeitsweise nicht entsprechen, daß wir hier einfach so auf dem Podium Beschlüsse der Kommission erklären. Wir haben unsere eigene Arbeitsweise, die Themenbereiche werden durch Arbeitsgruppen vorbereitet. Wir werden es mitnehmen, verschiedene Möglichkeiten sind angesprochen. Ich denke, daß wir uns darüber ernsthaft Gedanken machen und uns dann wieder melden werden.

In der Sache Treuhandseilschaften, oder wie auch immer man die Begriffe wählt, kann ich nur sagen: Man sollte nicht vergessen, daß dies eine Bundesinstitution ist, die dem Finanzminister untersteht. Dort liegt auch die Verantwortung. Ich kann diese Forderung nur unterstützen und hoffe, daß Sie damit Erfolg haben, und würde bereit sein, mich dafür mit einzusetzen. Vielen Dank.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte ich mich erst mal der letzten Bemerkung von Markus Meckel anschließen. Ich meine auch, man

sollte vielleicht, wenn es irgendwie geht, solche Namenslisten veröffentlichen. Natürlich muß man sich vorher eines ausreichenden Rechtsschutzes versichern. Wie das sich ja in letzter Zeit gezeigt hat, ist das nicht unproblematisch, aber gerade weil immer wieder die Menschen ja dieses Problem schildern, glaube ich, ist es auch notwendig, öffentlich diesen Nachweis zu führen.

Was die bundesweite oder die Unterstützung vom Bund angeht, sollte hier vor allen Dingen im Vordergrund stehen, daß es auch ein bundesweites Interesse gibt und daß es durchaus, da möchte ich Dir widersprechen, Markus, durchaus nicht nur ein Problem des Ostens ist...

Abg. Meckel (SPD): Die im Osten gemacht werden muß.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Gut, ich versuche, auch diese Meinung zu korrigieren, indem ich denke, es muß auch dort gemacht werden. Uns sind ja inzwischen massenhaft Versuche der Staatssicherheit bekannt, im Westen tätig zu werden, und da waren durchaus eine ganze Menge Menschen aus den alten Bundesländern involviert. Die müssen natürlich ihre Sachen selbst aufarbeiten, das können wir nun für sie nicht erledigen.

Ich bin sehr dafür, daß die Zwischenergebnisse der Enquete veröffentlicht werden. Wir haben uns gestern auch schon darüber verständigt, weil die gestrige Anhörung das ebenfalls hergab, daß es vielleicht doch im Wortlaut veröffentlicht werden sollte oder mindestens in den wesentlichen Teilen. Man könnte ja ohne Schwierigkeiten dazu übergehen, das, was an öffentlichen Veranstaltungen der Enquete-Kommission gemacht wird, und es wird ja noch sehr viele Anhörungen geben, grundsätzlich zu dokumentieren und schnellstmöglich zu veröffentlichen. Man kann damit natürlich nicht bis zum Jahre 1994 warten. Damit sollen ja eben auch Impulse gegeben werden für die Arbeit an dem Thema.

Zu dem Dachverband noch einmal, Herr Schwenke: Vielleicht sollten wir darüber nachdenken, wir haben am Sonnabend und Sonntag die Gelegenheit in diesen gleichen Räumen mit dem Forum, ob es tatsächlich solche Möglichkeiten gibt. Dann würde sich natürlich einiges an Problemen evtl. leichter klären lassen, wie z. B. die Unterstützung mit Bundesmitteln. Also man sollte das vielleicht am Wochenende aufgreifen.

Und zu Herrn Morgenroth noch einmal: Ich meine, daß die Unterstützung der Enquete für solche exemplarischen Untersuchungen möglich ist, und zwar durch historischen wie auch juristischen Sachverstand. Sicherlich nicht durch die direkten Ermittlungen vor Ort, denn das müssen Sie, glaube ich, vor allen Dingen selbst machen, aber z. B. mit dem historischen Wissen, was wir haben. Diese Ereignisse auch in den historischen Rahmen zu stellen und daraus auch vielleicht verallgemeinerbare politische Schlußfolgerungen zu treffen, das, denke ich, könnte eine Aufgabe sein, die in einem größeren Rahmen dann Ihre Initiative ergänzen könnte.

Schließlich ein letztes Wort zu Rainer Hildebrandt. Mich hat das sehr beeindruckt, wie Sie gesprochen haben, aber ich hätte auch noch einen Vorschlag oder die Hoffnung, die ich auch Ihnen gegenüber äußern will zu diesen Täter-Opfer-Gesprächen. Ich meine, daß es nicht viel bringt, wenn da immer so ein paar bereitwillige ehemalige Stasioffiziere, vielleicht aus der HVA, die sich sowieso als etwas wie eine Aristokratie der Stasi betrachten, was sicherlich nicht ganz berechtigt ist, aber daß sie sich sozusagen als Täter vom Dienst zur Verfügung stellen, um da mit gänzlich anderen Leuten, gänzlich anderen Bereichen Täter-Opfer-Gespräche zu führen. Ich glaube, da gibt es eine Grenze dessen, was damit erreicht werden kann. Was ich für nötig halte, ist die direkte Konfrontation von Opfern und Tätern. Also bringen Sie mir einen Offizier der Hauptabteilung 20 des MfS, und ich bringe Ihnen aus der gleichen Hauptabteilung mehrere Personen, die bereit wären, sich als Betroffene zur Verfügung zu stellen. Vielleicht gibt es auch Hoffnung auf einige, die als inoffizielle Mitarbeiter gearbeitet haben, wenngleich das nicht sehr viele waren, von den 100, die in meinen Papieren vorkommen, sind es bisher nur 3 gewesen. Aber vielleicht kann sich das ja erweitern, aber ich würde sehr dafür plädieren, daß man versucht, solche Konstellationen herbeizuführen, wo tatsächlich die miteinander in Bezug zu setzenden Leute sich austauschen und vielleicht ihre Probleme klären.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke, lieber Gerd. Meine Uhr zeigt 19.00 Uhr. Ich glaube, ich habe das auch mehrmals gestern und heute gehört, es war gut und notwendig, daß wir hier zusammengekommen sind. Ein erstes Mal, das muß vielleicht nicht das letzte Mal sein. Einlader kann ja dann jemand anders sein. Ich hoffe, daß es keine einzige Gruppe, keine einzige Initiative gibt, die jetzt in wenigen Minuten hier den Saal verläßt, von der ich nicht zumindest Name und Adresse weiß.

Von Strukturen ist immer wieder die Rede gewesen, wer für was verantwortlich oder zuständig ist, gerade bei den Problemen der Menschen, die da in der Wirtschaft heute schon wieder oder immer noch an Stellen sind. Es gibt zum Glück auch Beispiele dafür, daß man da Veränderungen bewirken kann. Es geht aber immer nur durch konkretes Tun von Menschen, die sagen können, ich kenne den nicht bloß heute, ich kenne den auch von gestern und bin bereit, das, was ich von ihm weiß, was ihn belastet, was ihn mit Schuld auszeichnet, zu benennen und meinen Namen darunter zu setzen, und dann gibt es zumindest schon die eine oder andere Chance, sich an den Richtigen zu wenden dabei, eine Veränderung zu erreichen. Bei Leitern von Arbeitsämtern ist das der Herr Franke und wenn Sie den Eindruck haben, daß Herr Franke Ihnen nicht antwortet, dann nehmen Sie Ihren Bundestagsabgeordneten in Anspruch. Der wird Ihnen dabei, so meine oder hoffe ich zumindest, behilflich sein.

Ich weiß nicht ob Sie wissen, daß es in der Treuhand nicht nur Frau Breuel gibt, sondern auch sogenannte Vertrauensmenschen, die da extra eingesetzt worden

sind. Wenn Sie den Eindruck haben, die haben Ihnen da nicht weiterhelfen können, biete ich Ihnen ausnahmsweise an, geben Sie mir diese Liste. Ich lege Sie einem Vertrauensmenschen auf den Tisch, von dem ich weiß, daß er die nicht bloß in den Papierkorb steckt, sondern unter das Kopfkissen legt.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß hier ein Brief auf dem Tisch liegt von heute, mir eben in die Hand gedrückt. Ein Stadtverordneter teilt hier mit zur Information, in der Stadt Leipzig habe eine Personalkommission gerade begonnen, Mitarbeiter auf sensiblen Stellen des Öffentlichen Dienstes, insgesamt etwa 25.000 Mitarbeiter, anhand eines Fragespiegels und durch Befragung der Betreffenden auf besondere Systemnähe zum SED-Regime zu überprüfen und dem Oberbürgermeister Empfehlungen zu übergeben; Richtung Kündigung oder Umsetzung oder Weiterbeschäftigung.

Ich glaube, bevor ich dann noch ein Wort des Abschiedes sage, sollte David Gill noch einmal die Möglichkeit haben. Du wirst zumindest noch einmal sehr direkt angefragt, wie das mit der Gleichbehandlung, wenn ich das richtig verstanden haben, von „Spiegel“ und „Domaschk“ ist.

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, David Gill: Vielleicht eines noch zuvor, Herr Schmieder. Sie haben das Glück, Bundestagsabgeordneter zu sein und in Ihren Handlungen relativ frei. Wir haben das Pech, von Ihnen ein Gesetz bekommen zu haben, nach dem wir nun handeln müssen. Dieses Gesetz kann man auslegen, das hat Gerd Poppe gesagt, das haben wir auch getan im übrigen. Die Geschichte habe ich erzählt. Es spielen dann im Endeffekt auch menschliche Enttäuschungen eine Rolle, das muß man ganz eindeutig sagen. Aber wir sind nicht mit dem Staatsanwalt angerückt, sondern es hat eine Vorgeschichte gegeben. Was dieses ominöse Nachrichtenmagazin betrifft, auch von dort haben wir Materialien angefordert und haben sie bekommen. Und genau dies wollten wir beim Domaschk-Archiv nicht, sondern wir wollten mit ihm zusammen diese Akten auflisten bzw. darüber reden, was kann bei euch bleiben, was müßt ihr uns geben und ihr bekommt eine Kopie, unter Umständen in Einzelfällen geschwärzt. Mit der ASTAK haben wir das gemacht, und ich denke, seitdem ich mit denen gesprochen habe, das war ein einvernehmlicher Weg. Also wir haben jedenfalls einen gesunden Weg gefunden, und wir haben die Akten nicht aus der ASTAK rausgeschleppt. Einzelne vielleicht, wenn es im Sinne des Gesetzes nötig war. Aber dieses Gesetz, Herr Schmieder, haben Sie verabschiedet.

Abg. Dr. Schmieder (F.D.P): Sie können sich glücklich schätzen, daß das Gesetz da ist, sonst hätten wir überhaupt keine Handlungsmöglichkeiten.

Vorsitzender Eppelmann: Na hervorragend, nun sind Sie beide glücklich, herzlichen Dank. Ich glaube, das war ganz gut, daß Du noch einmal reagiert hast, weil daran vielleicht deutlich wurde, daß die Mitarbeiter Deiner Behörde nicht mit der Kalaschnikow durch die Gegend laufen, sondern nur versuchen,

den Rahmen auszufüllen und dem zu entsprechen, der ihnen vorgegeben ist. Das ist nicht immer das, was sich jeder wünscht, aber das ist auch so.

Ich möchte Ihnen allen nochmals herzlich danken, auch den guten Geistern im Hintergrund, die dafür gesorgt haben, daß wir hier Mikrophone fanden, Nahrung fanden, Trinken fanden, saubere Räume fanden, daß wir überhaupt dieses Haus hier haben, also auch ein Dank an Leipzig und die Gastgeber hier. Ich wünsche allen einen guten Heimweg, besonders denen, die es weiter haben als die, die in Leipzig wohnen.

Kommen Sie gut nach Hause, lassen Sie es sich gut gehen. Ich hoffe, jeder hat begriffen, daß die, die hier im Raum sind, Verbündete sind. Menschen, die an der gleichen Strecke etwas miteinander erreichen wollen. Auf Wiedersehen. Herzlichen Dank.

Ende der Sitzung 19.00 Uhr